

21. IV. 1919

Regierungswechsel im Rathaus.

Prolog zur Sitzung des Wiener Gemeinderates am 22. Mai.

Von Dr. Rudolf Schwarz-Filler.

Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 20. Mai.

Nahzu ein Vierteljahrhundert hat die christlichsoziale Partei in Wien fast unbeschränkt geherrscht, fast ein Vierteljahrhundert hat sie der städtischen Verwaltung, hat sie der Wiener Wirtschaftspolitik, ja sogar dem gesamten Wiener öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ihren gewalttätigen, vergiftenden und verletzenden und so überaus egoistischen, streng parteipolitischen Charakter aufgedrückt. Diese Partei des höchsten Machttrutes und Machtbrauses kannte keine Minoritätsrechte und keine Achtung für eine fremde, wenn auch noch so richtige Meinung. In dieser Partei konnte sich jeder Parteigänger ungehemmt parteipolitisch ausleben. Diese Partei kannte kein Recht und keine Gnade für den Besiegten, sie hat fünfundsanzig Jahre und mehr Krieg geführt gegen alle, die nicht zu ihrer Fahne schwuren, sie hat furchtbare Verwüstungen angerichtet, moralischer und wirtschaftlicher Natur — Wien litt schon vor dem Weltkriege.

Sch war kaum aus dem Gymnasium ausgetreten, als die ersten Wirkungen dieser rücksichtslosen Parteimachtpolitik sich überall in Wien geltend zu machen begannen. An demselben Gymnasium, an dem ich studiert hatte, verweigerte man armen jüdischen Schülern die Schulgeldbefreiungen, jüdische Beamte des Magistrats — es waren ihrer ohnehin nicht allzu viele — wurden kurzweg pensioniert und aus ihrer Karriere gerissen, nachdem sie noch vorher durch Präferierungen seelisch und materiell schwer gekränkt worden waren, Lieferungen an die Gemeinde konnten nur Parteigänger erlangen, andere nur auf Umwegen über diese. Die Lebensluft wurde geknebelt, gesinnungstüchtige und nackensteife Männer um die Krönung ihres Lebenswerkes gebracht, kurz und gut, die unbedingte Parteizugehörigkeit war Grund und Vorbedingung für alle, die mit der Gemeindeverwaltung irgendeine Verbindung aufrecht erhalten wollten. Vor allem waren aber Deutschnationalen, Sozialdemokraten und Juden ausgeschlossen. Der politische Kampf verrohete in einer unerhörten, bis dahin unbekanntem Weise. Der Ton in den Parteizeitungen, öffentlichen Versammlungen und Körperschaften wies eine Kulturlosigkeit auf, die keine Grenzen kannte. Bedrohungen an Ehre und Gesundheit wurden Kampfregel. Die Ungerechtigkeit, die Gewalttätigkeit wurden Verwaltungsprinzip, alles unter dem wohlwollenden Schutze einer Regierung, die selbst nie etwas von Recht wußte. Das Erlangen von Konzessionen, Baubewilligungen, Parzellierungen und so weiter — alles von Parteirücksichten abhängig. Die Verleihung von Heimatsrecht, Bürgerrecht und so weiter an die ungeschlachten Voransetzungen geknüpft. Staatsgrundgesetze, deren unverbrüchliche Einhaltung von den höchsten Funktionären der freigewählten Gemeindevertretung feierlichst unter Eid zur genauesten Beobachtung angelobt wurde, wurden kühn, hohnlächelnd verletzt, ohne daß man nur eine Geste der Entschuldigung für notwendig fand. Und dann die umfangreiche Geschichte der Wiener Wahlen! Infandum... Tausende und aber Tausende der Bürger dieser Stadt wurden durch das Wiener Wahlrecht zum politischen Indifferentismus geradezu zwangsweise erzogen. Es nützt doch ohnehin nichts, war die Antwort auf Vorwürfe. Zwei Klassen von Bürgern gab es: Vollbürger, das waren diejenigen, die mit der herrschenden Partei gingen, Bürger zweiter Klasse alle anderen, die nur Pflichten, aber keinerlei Rechte hatten. Ein solch unnatürlicher Zustand konnte nur zu ärgster Entartung des öffentlichen Lebens führen, und so trat später, als sich in der Partei eine gewisse Sättigung geltend zu machen begann, der häßliche Zustand in die Erscheinung, daß man mit den reichen und mächtigen Parteigegnern paktierte, der Dessenlichkeit zuliebe aber die Kleinen, Armen und Schwachen auf der Gegenseite immer härter drückte.

Die christlichsoziale Partei tut sich viel zugute auf ihren Ausbau von Wien, auf ihre große Kommunalisierungsaktion. Wenn man die Geschichte dieser gleichfalls etwas gewalttätig durchgeführten Kommunalisierungsaktion (auch brutale Gewalt wurde nicht verschmäht, Mitwirken der Feuerwehr u. ä. m.) objektiv untersucht, wird man zu anderen Resultaten gelangen als ihre Lobredner. Die Partei wollte und mußte groß werden. Das Wachsen einer Partei über einen gewissen Kreis von Anhängern hinaus, die vielleicht aus Ueberzeugung an den offiziellen Parteiprinzipien festhalten, ist ohne materielle Förderung der Mittläufer auf die Dauer nicht möglich. Die große Masse der Menschen ist nun einmal so. Für die Masse der Parteigänger, der Mittläufer, mußte etwas geschaffen werden, um sie für immer an die Partei zu fesseln. Arbeit und Verdienst. Für diesen Zweck eigneten sich die großen Kommunalisierungsarbeiten glänzend. Außerdem erweiterte man hiedurch auch die Zahl der abhängigen städtischen Angestellten ins Ungemessene. Neue, sichere Wählermassen! Daß auch diese Angestellten einmal selbständig werden, einmal anders denken könnten, daran dachte man damals nicht. Vor allem hieß es Panem et circenses für das Volk. Und es kam jeder, der mithielt, auf seine Rechnung, bis endlich der Brunnen der leichtfertigen Kredite ausgehöpft, bis das unüberlegte Ausdem-Vollen-Arbeiten zu Ende war, bis der große Uchermittwoch der Enttäuschung herangekommen war. Parteiinteresse, egoistisches Parteiinteresse regierte in der Stadt und wenn Wohnungsreform, Verkehrsweisen, Marktweisen, Jugendfürsorge und vieles andere rücksichtlich blieb, wenn uns der Krieg in so vielen Belangen auch der städtischen Verwaltung unvorbereitet traf, die Parteiherrschaft, welche die sachliche Arbeit ausschloß, trug die Schuld.

Parteipolitik war es schließlich auch, wenn Wien geknebelt und dem Lande ausgeliefert wurde. Erst hatten die Christlichsozialen die Stadt erobert, dann wurden sie Herren in der Landstube und dann wollten sie noch im Reichsrat die maßgebende und einflußreiche Reichspartei werden. So viele, so entgegengegesetzte Interessen konnte kein Parteiprogramm umfassen und so mußte konsequenterweise die ganze Parteipolitik unwahr und unehrlich werden. Die Partei empfand dies selbst, indem sie die Partei in den drei Vertretungskörpern mit verschiedenen Namen bezeichnete. Im Gemeinderat nannte sie sich Bürgerklub, ihre ursprünglichen städtischen bürgerlichen Grundlagen schonend; im Landtage nannte sie sich antisemitische Vereinigung. Welch anderes Prinzip konnte denn so widerstrebende Interessen, Städter und Agrarier einigend, umfassen? Im Reichsrat nannte sie sich christlichsoziale Partei. Sehr häufig aber war der agrarische Geist führend und siegreich, und so kam es, daß diese ursprünglich rein städtische Partei ihre ersten Auftragegeber oftmals verriet. Die famose Geßmannsche Landesordnung stellte den Höhepunkt dieser inneren Wandlungen in der Partei dar.

Jetzt ist die christlichsoziale Mehrheit in Wien und Niederösterreich gebrochen worden. Die Juniwahlen 1911 waren die erste große und nachhaltige Erschütterung, welche die festgefügte Majorität zu erleiden hatte. Aber Uneinigkeit, Schwäche und Programmlosigkeit ihrer Gegner, Mangel an vollstündlichen Persönlichkeiten, persönliche Eifersüchteleien und vollständiges Fehlen einer einheitlichen Führung und Taktik bei denselben, ließen die Christlichsozialen sich noch einmal erholen. Wie die altliberale Partei vor dem Jahre 1895 nicht in der Lage war, den Siegeslauf der neu entstehenden Partei aufzuhalten, so waren die Nachfolger der Altliberalen nicht mehr in der Lage, die einmal zur Herrschaft gelangten wieder aus dem Felde zu schlagen. Das persönliche Beharrungsvermögen in Wien ist stärker entwickelt als sonstwo auf der Welt. Der Wiener regt sich ein- oder zweimal auf, dann aber will er wieder Ruhe haben. Und so ist die christlichsoziale Partei durch keine bürgerliche Gegenpartei geschlagen und verdrängt worden, vielleicht auch nicht durch die Sozialdemokratie. Vielleicht war es doch nur der Krieg, der dem Leben dieser Partei den raschen, nicht natürlichen Tod gab.

Mit der christlichsozialen Mehrheit mußte selbstverständlich aus dem Rathaus auch ihr Bürgermeister

Dr. Weiskirchner weichen. Er hat gleich nach Kriegsausbruch versucht, den großen Zeitereignissen, den ungeheuren Umwälzungen entsprechend, die unzeitgemäße Stellung eines Parteibürgermeisters in die eines Wiener Bürgermeisters umzuwandeln. Er hat — und das war zweifellos eine Tat richtiger Erkenntnis der Erfordernisse des Tages — die Obmännerkonferenz errichtet, welche eine Vertretung der drei Parteien des Gemeinderates darstellte und vor welche alle einigermaßen wichtigen Angelegenheiten der städtischen Verwaltung zur Verhandlung oder wenigstens doch zur Vorverhandlung kamen. Solange der Gemeinderat nicht tagte, versah die Obmännerkonferenz eigentlich auch die Geschäfte des Gemeinderates. Diese Obmännerkonferenz blieb bis in den Spätherbst des Jahres 1918, bis zur Konstituierung des provisorischen Gemeinderates beisammen. Der Umstand, daß diese Obmännerkonferenz, an der auch die Sozialdemokraten bis zu ihrer letzten Sitzung teilnahmen, fast alle ihre Beschlüsse mit Stimmeneinhelligkeit faßte sowie die einstimmige Wahl Dr. Weiskirchners zum Bürgermeister des provisorischen Gemeinderates sind die Anerkennung einer zweifellos eifrigen Arbeit während der schweren Kriegszeit gewesen. Dr. Weiskirchner war ein fleißiger Bürgermeister mit gutem Willen während der Kriegszeit, aber ein Versprechen konnte er nicht einhalten: die Erhaltung eines wirklichen und ehrlichen Burgfriedens. Mag es auch sein Wille und seine beste Absicht gewesen sein, aber im Gegensatz zu den anderen Parteien hat die christlichsoziale Partei weder in ihrer Presse noch in ihren Versammlungen, noch im Gemeinderat den Burgfrieden eingehalten. Die von den Christlichsozialen mitten im Kriege eingeleitete Judenhetze allein war ein schweres Verbrechen. Und Dr. Weiskirchners tragische Schuld lag vielleicht darin, daß er nicht, allen internen Gefahren trotzend, seiner Partei den Standpunkt der unparteilichen Gemeindeverwaltung mit Gewalt aufgezwungen hat. Gegen den Dr. Weiskirchner der Vorkriegszeit sind von allen Seiten die schwersten Angriffe erhoben worden; auch ich habe zu seinen heftigsten Angreifern gezählt. Der Dr. Weiskirchner der Kriegszeit, der Kriegsbürgermeister, darf aber nicht von der parteipolitischen Warte aus beurteilt, darf nur objektiv nach seinem Wirken gewertet werden. Es wäre zum Beispiel Undankbarkeit, das Verhalten Dr. Weiskirchners in der Flüchtlingsfrage zu vergessen. Als kurz nach Kriegsausbruch die Flüchtlinge aus dem Norden in Scharen in unserer Stadt anlangten, da war wie in so vielen anderen Dingen auch in dieser wichtigen Frage nichts vorgesehen und nichts vorbereitet. Der Staat kam nicht gleich zur Hilfeleistung und auch Kreise, deren Pflicht es gewesen wäre, mit aller Kraft beizuspringen, versagten. Da war es Dr. Weiskirchner, der über mein bloßes Ersuchen die Mittel zur Verfügung stellte, um die sofortige Versorgung der Flüchtlinge zu ermöglichen, so lange, bis der Staat diese Agenden übernahm. Auch während der weiteren Kriegsjahre hat Dr. Weiskirchner trotz allem Drängen seiner Partei gegen die Flüchtlinge nie irgendetwas unternommen, was deren Existenz in Wien gefährdet hätte. Die Menschlichkeit gegenüber den Flüchtlingen hat Dr. Weiskirchner niemals vergessen. Die Hauptvorwürfe, die gegen den abtretenden Bürgermeister im Verlaufe des Krieges erhoben wurden, betrafen die Maßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung. Wien hat allerdings gerade im Punkte der Versorgung mit Lebensmitteln Furchtbares, Qualvolles zu erleiden gehabt. Zweifellos haben auch die christlichsozialen Parteigänger gewissen Zwangsmaßnahmen, welche ihr persönliches Interesse gefährdeten, obstruiert. Den Bürgermeister aber für die frivole und unfähige Ernährungs politik der Regierung verantwortlich zu machen, hieße offenkundig Unrecht tun. Die Protokolle der Obmännerkonferenz sind sein bestes Entlastungsmaterial. In der Kriegszeit hat Dr. Weiskirchner an seiner Partei gelitten, in welcher ihm manche Fallen gelegt und ein Bein gestellt haben. Die Geschichte seiner Partei aber und seine eigene drängen mehr als wie alles andere zu einer Zeit hin, in welcher städtische Verwaltungen nicht mehr von parteipolitischen parteipolitisch geführt werden dürfen. Gemeinwohl bedeutet das Wohlbefinden aller — Parteivirtschaft aber ist das

Kontraktatorische Gegenteil davon. Hoffentlich bleibt der neue Gemeinderat von den Schrecknissen einer rücksichtslosen Majorität und einer faktischen Opposition befreit.

Eine neue Schicht tritt im Rathaus die Arbeit an. Möge mit den neuen Männern auch eine neue Zeit anbrechen. Wien hat nach all dem furchtbaren Unglück und Leiden neue, gute Zeiten nötig. Mögen diese der Stadt auf immerhin hin gesichert bleiben.